

Bertelsmann Stiftung · Das Progressive Zentrum (Hrsg.)

Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?



Industrie

Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?
Band 5: Industrie

Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?



Industrie

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Dr. Henrik Brinkmann

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung und Layout: Büro für Grafische Gestaltung –
Kerstin Schröder, Bielefeld

Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-805-1 (Print)

ISBN 978-3-86793-825-9 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-826-6 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Industrie vs. Dienstleistung: Was sind die Voraussetzungen für das spezifisch deutsche Produktionsmodell und was muss Politik dazu beitragen? <i>Henrik Brinkmann, Manuel Gath</i> | 6 |
| Industrie 4.0 als innovatives Arrangement zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft <i>Wolfgang Schroeder</i> | 16 |
| Das deutsche Produktionsregime und seine Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik. Industrie vs. Dienstleistung – oder doch etwas ganz Neues? <i>Werner Abelshauser</i> | 42 |
| Industrie vs. Dienstleistungen? Plädoyer für eine integrierte Sichtweise <i>Alexander Eickelpasch</i> | 78 |
| Die Autoren | 104 |
| Abstract | 108 |

**INDUSTRIE VS.
DIENSTLEISTUNG:**
WAS SIND DIE
VORAUSSETZUNGEN
FÜR DAS SPEZIFISCH
DEUTSCHE PRODUKTIONS-
MODELL UND WAS
MUSS POLITIK DAZU
BEITRAGEN?

Henrik Brinkmann, Manuel Gath

Zur Buchreihe

Die Bundesrepublik Deutschland steht gut da. Wirtschaftliche Kennziffern wie das Bruttoinlandsprodukt, die Exportquote oder auch die Beschäftigungsentwicklung und das Steueraufkommen zeichnen das Bild einer rundum gesunden und vor ökonomischer Stärke strotzenden Volkswirtschaft. Ein ähnlich einheitliches Bild von unserer Gesellschaft zu zeichnen, will hingegen nicht gelingen: In der öffentlichen, politischen und akademischen Debatte geht es immer häufiger um soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Menschen, Regionen, ja selbst Branchen wie der exportorientierten Industrie auf der einen und dem lokalen Dienstleistungsgewerbe auf der anderen Seite. Dabei ist nicht allein entscheidend, ob der Befund einer ungerechter gewordenen Gesellschaft empirisch in all seinen Facetten Bestand hat. Schon die Debatte beweist, dass das Thema gesellschaftlich relevant ist.

Die große Zahl ökonomischer und ökologischer Krisen der vergangenen Jahre hat vielen die Grenzen des bisherigen Wachstumsmodells deutlich gemacht. Die westlichen Industriegesellschaften, auch Deutschland, müssen sich kritisch hinterfragen lassen.

Zeitgleich lässt sich hierzulande ein Verlust von Vertrauen in die gesellschaftliche Leistung unserer Wirtschaftsordnung beobachten. Spätestens seit der weltweiten Finanzkrise hat sich nicht nur global, sondern auch in Deutschland die Einkommens- und Vermögensungleichheit in vielen Bereichen erhöht – die Chancen hingegen sind geringer geworden. Unser gesellschaftliches Selbstverständnis beinhaltet das Ver-

sprechen von Bildungs- und Entwicklungschancen für das Individuum und die Ermöglichung von sozialem Aufstieg. Wenn diese Perspektive für immer größere Teile der Gesellschaft nicht realisierbar ist, gefährdet das die Akzeptanz für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Eine der Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft ist die einer Markt- und Wettbewerbsordnung, in der wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich Hand in Hand gehen. Vor diesem Hintergrund stellen sich zentrale Fragen, auf die Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Antworten finden müssen. Werden die Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft noch eingelöst? Wie krisenfest bzw. -anfällig ist unser Wirtschaftssystem? Welche Anforderungen stellen die Bürgerinnen und Bürger an unsere Wirtschafts- und Sozialordnung? Vor welchen Herausforderungen stehen wir in Zukunft wirtschaftlich und gesellschaftlich? Kurzum: Was muss getan werden, um weiterhin für alle Menschen in Deutschland ein gutes Leben zu ermöglichen?

Im Rahmen mehrerer Diskussionsrunden mit Vordenkern¹ der in Deutschland etablierten Parteien, Wissenschaftlerinnen und Unternehmern haben die Bertelsmann Stiftung und Das Progressive Zentrum gemeinsam mit den Teilnehmenden Thesen, Positionen und Konzepte erörtert. Daraus ist ein vielfältiges Leitbild für eine zukunftsfähige und gesellschaftsorientierte Soziale Marktwirtschaft entstanden, die ein inklusives Wachstum möglich machen soll. Der vorliegende Band soll Diskussionen anregen und Denkanstöße geben, mit welchen Maßnahmen unser Wirtschafts-

1 Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir meist entweder die weibliche oder die männliche Form personenbezogener Substantive. Wenn nicht anders erwähnt, sind damit beide Geschlechter gemeint.

dell zukunftsfest gemacht werden kann. Unser Ziel ist es, heute einen Beitrag zu leisten, damit die Weichen für morgen richtig gestellt werden.

Zu diesem Band

Lange ist man davon ausgegangen, dass hoch entwickelte Industriegesellschaften, allen voran die westeuropäischen Industrieländer, sich im Laufe der Zeit zwangsläufig zu Dienstleistungsgesellschaften entwickeln würden. Dennoch gehört Deutschland zu den ganz wenigen OECD-Ländern, die ihre industrielle Wertschöpfung relativ stabil halten konnten. Von einer Deindustrialisierung kann hierzulande keine Rede sein. Doch es ist unbestritten, dass der Dienstleistungssektor wächst und mit ihm die breite Auffächerung aller möglichen Arten von Dienstleistungsgewerbe: Von Logistikunternehmen bis zu Friseursalons ziehen sich industrielle wie soziale Dienstleistungen kreuz und quer durch die Gesellschaft.

Industrie und Dienstleistungen sind keine Gegensätze. In Deutschland bilden auf industrielle Anker ausgerichtete Dienstleistungen sogar das wirtschaftliche, aber auch das gesellschaftliche Rückgrat. So sind durch die enge Verzahnung von Industrie und Dienstleistungen nicht nur immer wieder Innovationen in die Gesellschaft getragen worden, sondern das Arbeiten in der Produktion und die Teilhabe am Wertschöpfungsprozess bilden für viele Menschen auch nach wie vor eine wichtige Identifikationsfläche. Was dem nordrhein-westfälischen Ruhrgebiet der Kumpel, das ist dem hessischen Rüsselsheimer der Autobauer.

Diese regional gegründete Identifikation hat einen sehr rationalen Kern: Deutschland ist geprägt von regionalen Verbundsystemen, die als Netzwerk von industrieller Fertigung und angegliederten Dienstleistungsunternehmen langfristig und systematisch interagieren. Diese Verflechtung spezialisierter Dienstleistungen mit einem industriellen Kern macht das Spezifikum der deutschen Wirtschaftsstruktur aus und will zu den Debatten über Post-Industrie oder einen Rückbau des verarbeitenden Gewerbes nicht recht passen.

Jede Massengesellschaft ist auf ein gutes Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Individuen angewiesen. Grundpfeiler dieses Zusammenspiels, für das die Identifikation eine Voraussetzung ist, war der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist kein Zufall, dass diese Periode der Prosperität im kollektiven Gedächtnis durchweg positiv besetzt ist. Nicht immer wird dabei die Rolle starker, sozialpartnerschaftlich agierender Gewerkschaften ausreichend gewürdigt. Diese haben dazu beigetragen, dass der Wohlstand durch steigende Löhne und wachsende Beschäftigung bei vielen Menschen ankam. Sie haben aber immer auch Anpassungen möglich gemacht. Die enge Symbiose von Kapital und Arbeit, auch als »Rheinischer Kapitalismus« bezeichnet, über Jahrzehnte unterstützt und befördert von stabilen politischen wie sozialpartnerschaftlichen Institutionen, hat den traditionellen Industrien über alle Umbrüche ermöglicht, sich technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen und auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Durchaus als Teil des institutionellen Gefüges ist auch das duale Ausbildungssystem zu verstehen. Eine exzellent qualifizierte und gut bezahlte Facharbeiter-schaft ist die Basis für das deutsche Wirtschaftsmodell. Aus historischer Perspektive stellt sich die Frage, ob es klug ist, die Antwort auf den viel zitierten Fachkräfte-mangel allein in einer immer weitergehenden Akademi-sierung zu suchen. Vielleicht ist eine duale Ausbildung auf der Höhe der Zeit, die flexibel auf technische und gesellschaftliche Veränderungen reagiert und individu-elle Lösungen zulässt, ein wichtiger Teil der Antwort. Dies gälte dann für technische Berufe in der Industrie, aber ebenso für soziale Dienstleistungen.

Es wird immer eine gesellschaftliche Herausfor-derung bleiben, sich kontinuierlich und stets aufs Neue auf Veränderungen einzustellen, zu reagieren und sich anzupassen. Auch hier ist der Blick zurück hilfreich. Die Geschichte der deutschen Wirtschaft, besonders der Industrie, ist vor allem eine Geschichte der Innovation und des fortschreitenden Wandels. Während in anderen Weltregionen die Industrie teils drastisch an Relevanz und Wettbewerbsfähigkeit, aber auch an Innovations-fähigkeit verloren hat, haben Unternehmen hierzulande immer wieder neue Ideen entwickelt, umgesetzt und auf diese Weise neue Märkte erschlossen.

Gehen wir aber auch zukünftig so vorausschauend und erfolgreich die vor uns liegenden Herausforder-ungen an? Nicht nur die Bedingungen einer in die Defensive geratenen Globalisierung fordern unser exportgetriebenes Wachstumsmodell fortwährend heraus – die Digitalisierung aller Lebensbereiche

macht auch vor unserer Wertschöpfung nicht halt. Deutschland ist das Land der Hidden Champions, die aus dem Mittelstand heraus oft im industriellen Sektor zu weltweiten Marktführern erwachsen sind. Zu den größten Unternehmen der Welt gehören heute jedoch hauptsächlich amerikanische IT-Konzerne, die etablierte Strukturen infrage stellen, Marktstrukturen aufbrechen und unser Verständnis von Industrie und Dienstleistungen völlig verändern. Es stellt sich die Frage, ob und wie wir Wertschöpfung neu denken müssen, um wegzukommen von einem Fokus auf Produktion – hin zu einem Fokus auf Qualifikation. Wenn Innovation künftig nicht mehr nur auf Produkte bezogen werden kann, sondern bereits auf das grundlegendere Unternehmensverständnis, müssen wir ganz anders und neu über die erforderlichen Qualifikationen von Arbeiterinnen und Arbeitern nachdenken.

Insbesondere stellt der digitale Wandel gänzlich neue Anforderungen an Qualifizierung und Weiterbildung, aber auch an politische Weichenstellungen und strategische Wirtschaftspolitik. Wolfgang Schroeder stellt dar, welche Rolle die Industrie 4.0 als wirtschaftlich-politische Antwort auf die Digitalisierung in Deutschland spielt. Er beschreibt die deutsche Debatte über Industrie 4.0 als am evolutionären Wandel bereits bestehender Prozesse ausgerichtet und geht der Struktur dieses Diskurses auf den Grund. Herausforderungen und Bedingungen, die an eine Digitalisierung unserer Industrie geknüpft sind, seien beispielsweise Datensicherung, Beschäftigungssicherung und Weiterbildungs- sowie Qualifizierungsanpassungen. Letzt-

lich ist seine Einschätzung, dass sich unsere Form der Wertschöpfung nur durch eine inklusive Gestaltung dieser Transformationsprozesse erhalten lässt.

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik hat in jedem Land ganz spezifische kulturelle Wurzeln, die nicht beliebig verändert werden können. Für die Bundesrepublik bilden funktionierende Institutionen der Sozialpartnerschaft und soziale Kohäsion handfeste komparative Vorteile. Die Soziale Marktwirtschaft ist bis heute Ausdruck dieses gewachsenen Verständnisses von Wachstum und Ausgleich.

Werner Abelshauer arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass schon längst nicht mehr von einer industriellen Revolution die Rede sein kann, sondern man vielmehr von wirtschaftlichen Revolutionen sprechen müsse, die sich fortlaufend weiterentwickeln. Auch er betont die historisch gewachsenen sozialen wie ökonomischen Vorteile des deutschen Produktionsmodells, die bis heute einen Standortvorteil Deutschlands im globalen Wettbewerb markierten. Eine moderne Industriepolitik könne auf dieser Erfolgsgeschichte aufbauen. Man dürfe sie allerdings nicht politisch motiviert auf der grünen Wiese planen, sondern müsse an den existierenden oder neu entstehenden industriebasierten Ankern andocken. Diese industriellen Kerne und ihr Dienstleistungsumfeld gelte es dann, ganz in der guten Tradition der Sozialen Marktwirtschaft, langfristig zu begleiten und zu fördern, von Abelshauer als »Ordnungspolitik der sichtbaren Hand« bezeichnet.

Die These, dass hoch entwickelte Volkswirtschaften sich zu reinen Dienstleistungsgesellschaften entwickel-

ten, nimmt Alexander Eickelpasch zum Anlass, einen empirischen Blick auf die Entwicklung in Deutschland zu werfen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung sei zwar rückläufig, aber gleichzeitig gebe es große Teile industrieinduzierter Dienstleistungen, die untrennbar mit industrieller Arbeit verknüpft seien. Der Autor plädiert daher für eine integrierte Perspektive und schlägt den Begriff »Netzwerk Industrie« vor, um den strukturellen Veränderungen innerhalb des industriellen Sektors, auch mit Blick auf die Beschäftigung, Rechnung zu tragen.

INDUSTRIE 4.0
ALS INNOVATIVES
ARRANGEMENT ZUR
WEITERENTWICKLUNG
DER SOZIALEN MARKT-
WIRTSCHAFT

Wolfgang Schroeder

Wir leben in einer Zeit, in der im Kontext der Globalisierung und des technologischen Wandels Kämpfe stattfinden, weil die etablierten politischen Strukturen nicht mehr umfassend funktionieren und legitimiert sind – und neue noch nicht existieren. In diesen Kämpfen geht es darum, welche Rechte das Individuum haben wird, ob Demokratie und Sozialstaat noch als Befähigungs- und Schutzraum die Kraft aufbieten, um zu fördern, wie sie es in der alten Konstellation für einen Teil der Bürgerschaft vermochten. Im deutschen Fall geht es um die politisch-ökonomische Konstellation der Sozialen Marktwirtschaft, die – das sei hier bereits gesagt – weniger durch die neuen technologischen Möglichkeiten als durch die veränderten gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse unter Druck gekommen ist.

Wenn sich Neues ankündigt, ist meist von Umbrüchen oder gar Revolutionen die Rede – in diesem Fall sogar von der vierten industriellen Revolution sowie ihren gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Diese werden bislang vor allem technologisch gedacht: als eine Revolution der fortschreitenden Individualisierung oder im industriellen Kontext als cyber-physikalische Systeme, also neue Verbindungen zwischen Maschinen und digitalen Steuerungsmodi. Unklar ist, welche Auswirkungen dieser Strukturwandel im Einzelnen auf die Arbeitswelten und die Lebenschancen der Menschen hat. Klar ist letztlich nur: Der digitale Wandel stellt Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesellschaft und damit die Soziale Marktwirtschaft insgesamt vor enorme Herausforderungen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein vielschichtiges Gebilde des ökonomischen und sozialen Ausgleichs, dessen konstituierende Vorstellung darin besteht, dass in einer zugleich dynamischen und gerechten Gesellschaft die Beteiligung der Betroffenen auf unterschiedlichen Ebenen möglich ist. Sie ist der ordnungspolitische Rahmen (Input), der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft die Prinzipien und Regeln vorgibt, nach denen die Prozesse der Produktion, der Innovation und der Verteilung gedacht und praktiziert werden sollten; ebenso wird sie als politisch-ökonomischer Ordnungsrahmen auch an den Ergebnissen (Output/Outcome) gemessen. In diesem Sinne ist die Soziale Marktwirtschaft einerseits eine wirtschaftliche und soziale Performanzordnung; andererseits ist sie auch eine Basisideologie, die dazu beiträgt, die Akzeptanz des politisch-ökonomischen Systems zu legitimieren. Der Streit über das Legitimationsmuster konzentrierte sich in den vergangenen Jahren sowohl auf die wettbewerbs- (zu wenige Innovationen etc.) und verteilungspolitischen (zunehmende soziale Ungleichheit) als auch die ökologischen (vor allem: Pariser Klimaschutzabkommen) Wirkungen: Inwieweit bietet die real existierende Soziale Marktwirtschaft eine inklusive und nachhaltige Input- und Output-Ordnung, also eine Ordnung, die für alle Menschen gute Lebenschancen bereithält?

Denkt man über die Soziale Marktwirtschaft nach, kommt man nicht umhin, sich mit den Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Wertschöpfungsfähigkeit zu befassen. Damit ist die Rede vom deutschen Produktionsmodell, dessen Basis eine breite

Facharbeiterschaft ist, sozialisiert durch das duale Berufsbildungssystem, sowie eine enge, durch Wertschöpfungsketten verbundene Kooperation zwischen klein-, mittel- und großbetrieblichen Akteuren und eine innovative Verzahnung zwischen forschungsintensiver industrieller Basis mit flexibler Qualitätsproduktion und einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor. Ein zentrales Charakteristikum dieses deutschen Modells ist ein exportorientierter industrieller Kernsektor, der von staatlichen, verbandlichen sowie finanz- und industrieorientierten Dienstleistungen flankiert wird.

Auch wenn mittlerweile 70 Prozent der Beschäftigten einer dienstleistungsbasierten Beschäftigung nachgehen, ist die Industrie nach wie vor ein zentraler Ursprung gesamtgesellschaftlicher Innovationen; die damit verbundenen Wertschöpfungsaktivitäten sind bis heute Rückgrat und Anker der deutschen Wirtschaft – und damit auch der Sozialen Marktwirtschaft. Idee und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft sind aber nicht auf das deutsche Produktionsmodell reduziert, das seinen Platz in der verarbeitenden Industrie hat, sondern umfassen auch die anderen Bereiche, die an der Produktion, Administration und Konsumption beteiligt sind, vor allem den Dienstleistungssektor, der in vielfältigster Weise mit dem Produktionsmodell verbunden, ja Teil desselben ist.

Bei der Sozialen Marktwirtschaft geht es nicht nur um Verteilung, um ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Beteiligung, sondern – als Basis für eine gerechte Verteilungspolitik – auch um Innovationen, um Produktivitäts- und Wachstumsfortschritte. Durch

die Digitalisierung erhofft man sich weitere Effizienz- und Produktivitätspotenziale und damit eine Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der internationalen Konkurrenz. In den cyber-physikalischen Systemen, die die Welt der Maschinen durchdringen und diese umfassend vernetzen, werden solche neuen Wachstumsperspektiven gesehen. Das gilt nicht nur für den Maschinenbau, sondern ebenso für die chemische Industrie, die Elektroindustrie und nicht zuletzt die Automobilwirtschaft.

Doch diese neue Konfiguration zwischen Internet und Maschinen bedarf einer dienstleistungsorientierten Erweiterung, um die Position der deutschen Anbieter auf den Märkten zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist von den »smart services« die Rede, womit ihren Nutzern Daten zur Maschinenüberwachung, Störungsbeseitigung, Reparatur und Instandhaltung zur Verfügung gestellt werden. Gerade durch hybride Produkte aus Gütern, Dienstleistungen und Fachwissen verspricht sich die deutsche Industrie einen Wettbewerbsvorteil. Mithin sei die Digitalisierung der Wirtschaft für Deutschland essenziell, um den Hochlohnstandort zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Gegenwärtig verfügt Deutschland als einzige entwickelte Volkswirtschaft über komplette, branchenübergreifende industrielle Wertschöpfungsketten.

Auch wenn diese Strategie insofern aufgehen könnte, dass sie zur Behauptung auf den bestehenden Märkten und teils sogar zur Marktexpansion beiträgt, stellt sich volkswirtschaftlich die erwartete Produktivitätssteigerung jedoch nicht in gleichem Maße ein. Die Rede ist

vom Produktivitätsparadox: Einerseits trägt Digitalisierung in ihren unterschiedlichen Dimensionen zu Innovationen, zur Rationalisierung und Optimierung kaum gekannten Ausmaßes bei; andererseits zieht dies nicht die gewünschten Wachstumswirkungen nach sich. Hinsichtlich der Ursache für diese Entwicklung liegen die Deutungen weit auseinander.

Trotzdem wird Industrie 4.0 als *die* Strategie für die Zukunft der gesamten deutschen Industrie angesehen. Kritiker befürchten dabei, dass die technologischen Möglichkeiten weniger zu neuen Produkten und Geschäftsmodellen, zu leichterem und kooperativerer Arbeit, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben beitragen werden, sondern vor allem zu Arbeitsplatzabbau, Leistungsverdichtung, einem polarisierteren Arbeitsmarkt, einer gespaltenen Gesellschaft und einer neuen Überwachungskonstellation, in der die Beschäftigten und die Konsumenten die Leidtragenden sind. Denkbar ist aber auch, dass diese Strategie – um einen zentralen Aspekt zu diskutieren – nicht zur menschenleeren Fabrik führen wird, sondern vielmehr geprägt ist durch die Suche nach qualitativen Effizienzpotenzialen, gebunden an eine starke Rolle von Facharbeit, wobei offen ist, ob nicht auch ein gewisses Quantum an Einfacharbeit in diesem Ensemble seinen Platz haben wird.

Während im internationalen Kontext die fortschreitende Digitalisierung vornehmlich in den Dienstleistungs- und Wissensbranchen verortet wird, schlägt Deutschland anscheinend einen Sonderweg ein, indem sich die Debatte stark auf die Industrie konzentriert. Dabei sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: In

den vergangenen Jahren haben eine Reihe von Ländern, die früher ihr Heil in Dienstleistungen und der Wissensproduktion suchten, sich an den deutschen Überlegungen zu einer starken Ankerposition der Industrie orientiert; zudem geht es um eine zunehmende Verzahnung von Wertschöpfungsprozessen über Branchen- und Sektorengrenzen hinaus, womit die Unterscheidung zwischen Branchen ebenso wie die zwischen Dienstleistung und Industrie an Relevanz verliert (BITKOM/Fraunhofer IAO 2014; Bertschek et al. 2015).

Modernes Produktionsmodell und die Debatte dazu – ein deutscher Sonderweg?

Die deutsche Industrie-4.0-Debatte mit ihrer evolutionären Vorstellung von Wandel und Veränderung unterscheidet sich erkennbar von der in den USA dominierenden Diskussion. Letztere betont vor allem die disruptive Dimension der Digitalisierung und deren Potenzial, bestehende Produktions- und Geschäftsmodelle zu verdrängen. Der deutsche Diskurs sieht dagegen eher weitere Optimierungsinstrumente bei ohnehin schon länger praktizierten Prozessen der Produktions- und Produktoptimierungen. Der Unterschied zwischen der US-amerikanischen Debatte, wie sie vor allem bezogen auf Silicon Valley geführt wird, und dem deutschen Diskurs ist somit am besten durch die Begriffe »Revolution« und »Evolution« abzugrenzen. Um dennoch die Zäsur zu unterstreichen, die mit der Industrie 4.0 verbunden ist, wird von der vierten industriellen Revolution gesprochen, die faktisch jedoch eher Züge einer Evolution trage.

DIE AUTOREN

Werner Abelshauser ist Forschungsprofessor für Historische Sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld. Zuvor war er Inhaber des Lehrstuhls für Europäische Integration an der Europäischen Universität in Florenz. Der Wirtschaftsforscher gehört der Unabhängigen Geschichtskommission des Bundeswirtschaftsministeriums an. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE) sowie Mitglied zweier Denkfabriken der Sozialpartner: des Kuratoriums der Hans-Böckler-Stiftung und des wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Instituts. Seine Veröffentlichungen zählen zum Standard der deutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung.

Henrik Brinkmann ist Project Manager des Projekts »Inclusive Growth. Mehrwert und Zielkonflikte einer neuen Wachstumsagenda für Deutschland« im Programm »Nachhaltig Wirtschaften« der Bertelsmann Stiftung. Er studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Mainz und Fribourg/Schweiz und promovierte an der Universität Magdeburg zu einem gesundheitsökonomischen Thema. Zudem erwarb er einen Magisterabschluss in Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück. Henrik Brinkmann ist seit 2001 in verschiedenen Funktionen in der Bertelsmann Stiftung tätig und war dort unter anderem verantwortlich für Projekte in den Bereichen Gesundheitspolitik, Sozialversicherung, Regulierung und Reformstrategien, wie etwa den Reformkompass zur Planung und Umsetzung von Projekten im öffentlichen Sektor.

Alexander Eickelpasch war von 1985 bis Oktober 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Zuvor war er unter anderem am Wissenschaftszentrum Berlin tätig. Er studierte an der Phillips-Universität Marburg und an der Technischen Universität Berlin Volkswirtschaftslehre, Soziologie sowie Stadt- und Regionalplanung und schloss das Studium als Diplom-Volkswirt ab. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen den Strukturwandel in der Industrie und Dienstleistungswirtschaft, (regionale) Innovationssysteme sowie die Evaluation von Innovations- und Industriepolitik. Er ist Mitglied verschiedener Beiräte, unter anderem im Beirat des BMBF-Vorhabens »Interdisziplinärer Kompetenzaufbau«, und war gutachterlich tätig für politische Stiftungen, für die EU-Kommission sowie die schwedische Regierung.

Manuel Gath ist seit 2015 Project Manager des Berliner Thinktanks Das Progressive Zentrum. Zuvor war er zwei Jahre Mitarbeiter am Europalehrstuhl der Universität Duisburg-Essen. Während seines Politikstudiums in Marburg, Duisburg-Essen und Nijmegen sammelte er im Europaparlament und im Bundeswirtschaftsministerium weitere praktische Erfahrung. Er ist ehrenamtlicher Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten.

Wolfgang Schroeder hat den Lehrstuhl »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel inne und ist Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem: Sozialstaatsforschung, Verbände, Arbeitsbeziehungen und Fragen des Verhältnisses von Parteien, Staat und Wirtschaft. Von 2009 bis 2014 war Wolfgang Schroeder von seiner Professur beurlaubt und arbeitete als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg. Er gehört der Grundwertekommission der SPD an und war jahrelang für die IG Metall tätig. Er ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Progressiven Zentrums.

Inklusiv: Wachstums- und Wirtschaftspolitik

Die Soziale Marktwirtschaft verliert an Strahlkraft: Ist sie überhaupt noch in der Lage, die gesamte Bevölkerung an den wirtschaftlichen Erfolgen zu beteiligen? Was muss geschehen, um eine Neujustierung mit Chancengleichheit und Teilhabe zu ermöglichen? Denker und Querdenker aus Stiftungen, Parteien und Gewerkschaften, Wissenschaftler sowie Landes- und Bundespolitiker aus dem gesamten politischen Spektrum suchten in Berlin Antworten auf diese Fragen. Sie bündeln ihre Erkenntnisse unter einem neuen inklusiven Wachstumsbegriff. Die Reihe »Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?« beschäftigt sich in fünf Essaybänden mit den Aspekten Öffentliche Räume, Chancen, Vermögen, Unternehmen und Industrie und präsentiert Lösungsstrategien für eine Wirtschaftspolitik, die alle mitnimmt.

Bertelsmann Stiftung · Das Progressive Zentrum (Hrsg.)

Soziale Marktwirtschaft: All inclusive?

5 Bände, je 16 Euro, Broschur

Band 1: Öffentliche Räume .. ISBN 978-3-86793-801-3

Band 2: Chancen .. ISBN 978-3-86793-802-0

Band 3: Vermögen .. ISBN 978-3-86793-803-7

Band 4: Unternehmen .. ISBN 978-3-86793-804-4

Band 5: Industrie .. ISBN 978-3-86793-805-1